

INHALT

Trump wird Obamas Vermächtnis zerstören	1
Heinz GÄRTNER	
Biographien.	18

TRUMP WIRD OBAMAS VERMÄCHTNIS ZERSTÖREN

Heinz GÄRTNER

Trump hat angekündigt, alle multilateralen Abkommen zu kündigen oder neu zu verhandeln (TPP, NAFTA, JCPOA, Klimavertrag). Er will die Beiträge für die Vereinten Nationen drastisch kürzen. Die EU ist nicht sein primärer Ansprechpartner. Insbesondere die Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran (JCPOA) oder die Möglichkeit, in Nordkorea einen Präventivschlag zu führen, können sehr instabile Situationen nach sich ziehen. Trump will den Islamischen Staat (IS) zerschlagen, ohne zu sagen, wie er das genau umsetzen will. Dabei kommt Russland und dem Iran eine wichtige Rolle zu. Die Forderung Trumps, dass Verbündete in Europa und Ostasien mehr zu ihrer Verteidigung beitragen sollen, ist eine Mainstreammeinung im US-Sicherheitsestablishment. Annahmen und Hoffnungen, dass Trump als Präsident völlig anders handelt, als er als Präsidentschaftskandidat angekündigt hat, haben sich als trügerisch erwiesen; es wäre auch demokratiepolitisch problematisch. Er wird aber Obamas Vermächtnis zerstören wollen.

Obamas Vermächtnis

Barack Obamas Außenpolitik hatte globale Prioritäten. Der Präsident wollte mit Partnern wenn möglich Kooperationen eingehen, aber wenn nötig unilateral handeln. Die Administration versuchte, Macht- mit Menschenrechtspolitik in Übereinstimmung zu bringen. Diplomatie musste aber Vorrang vor militärischer Aktion haben, so war Obamas

Überzeugung. In seiner Rede vor Absolventen in West-Point 2014 betonte der Präsident, dass „die Schwelle für Militäraktionen höher liegen“ müsse, wenn es keine direkte Bedrohung für die USA gäbe. Die Mittel müssten um Diplomatie und Entwicklung erweitert werden. Das betraf vor allem die Situationen im Mittleren Osten und in der Golfregion. Gleichzeitig wurde der Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen oder Drohnen massiv ausgeweitet; die Bilanz fällt gemischt aus. Gegenüber China machte Obama Kooperationsangebote, betrieb aber auch Interessenspolitik im asiatisch-pazifischen Raum. Seine Vision von einer Welt ohne Nuklearwaffen beschränkte sich auf das bescheidene neue START-Abkommen über strategische Nuklearwaffen mit Russland und einige Konferenzen zur Sicherung von nicht gesichertem Nuklearmaterial. Der Plan, den umfassenden nuklearen Teststopp wieder dem Kongress zur Abstimmung vorzulegen, wurde aufgeschoben. In jedem einzelnen Fall war es schwierig, den Kongress für bestimmte Entscheidungen zu gewinnen. Trotzdem konnte der Präsident Teile seiner Gesundheitsreform durchsetzen, die Trump rückgängig machen will. Die Anfechtung der Republikaner vor dem Obersten Gerichtshof scheiterte. Der Kongress blockierte auch Obamas Einwanderungsreformvorschläge. Der größte außenpolitische Erfolg Obama war wohl der Abschluss des Nuklearabkommens mit dem Iran und fünf weiteren Weltmächten in Wien im Juni 2015 (JCPOA). Die Republikaner und einige Demokraten wollten dieses Abkommen mit allen administrativen Mitteln verhindern. Der neue Präsident Trump hat angekündigt, es nicht mehr einzuhalten. Die Einigung auf ein Klimaabkommen in Paris 2015 kam unerwartet, war aber von Beginn an ein Ziel der Obama-Administration. Auch aus diesem Vertrag könnte Trump aussteigen. Die bahnbrechende Öffnung Obamas gegenüber Kuba könnte überleben, wenn Donald Trump den Geschäftsinteressen der USA Priorität vor politischer Ausgrenzung gibt.

Republikanische Obstruktion

Seit den Präsidentschaftswahlen 2008, aber insbesondere seit den Kongresswahlen 2010, haben die Republikaner im Kongress sowohl in innen- als auch in außenpolitischen Fragen eine Fundamentalopposition betrieben. Bereits vor seinem Amtsantritt traf die republikanische Führung 2008 die Entscheidung, dass sie Obama bei jeder seiner Entscheidungen blockieren würden, um ihn zu einem „one term president“ zu machen. Die „Tea Party“ nahm die Finanzkrise zum Anlass, um vehement eine „kleine Regierung“ zu fordern. Das bedeutete in vieler Hinsicht eine kleine Regierung Obamas, waren doch die Staatsausgaben unter früheren, insbesondere republikanischen Administrationen weitaus höher. Der Druck der „Tea Party“ bei wirtschaftlichen sowie der christlichen Rechten bei gesellschaftlichen und religiösen Themen drängte die republikanische Partei nach rechts, während Obama das Zentrum neu definierte.

Neue Rüstungskontrollabkommen mit Russland sollte es nicht geben. Die militärischen Drohungen und Sanktionen gegenüber dem Iran sollten, trotz oder gerade wegen der Gespräche über ein Nuklearabkommen, verschärft werden, obwohl sie zu einer Eskalation hätten führen können. Die Sicherheitsvorkehrungen bei der Ermordung des amerikanischen Botschafters Stevens und zwei seiner Mitarbeiter in Libyen 2012 wurden zu einem außenpolitischen Hauptkritikpunkt der Republikaner an Obama und an Hillary Clinton im Wahlkampf 2016. Diese Kritik war völlig unverhältnismäßig, bedenkt man, dass unter dem von den Republikanern so verehrten Präsidenten Ronald Reagan 1983 in Beirut bei einem Bombenanschlag 241 Amerikaner ums Leben kamen. Ebenso gab es Versäumnisse der Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice vor den Anschlägen des 11. September 2001.

Präsident Barack Obama hat versucht, viele seiner innen- und außenpolitischen Vorhaben umzusetzen, war dabei teilweise erfolgreich, aber weniger als viele erwartet und gehofft hatten. Dazu beigetragen haben entscheidend auch die Finanzkrise und die kompromisslose Opposition der Republikanischen Partei im Kongress. Eine Analyse von

Kongressabstimmungen zeigt, dass die republikanische Mehrheit nach den Wahlen 2010 die konservativste seit 1879 war. Sie repräsentiert eine ideologisch immer konservativere Basis. 1987 befürworteten 62 Prozent der Republikaner noch irgendeine Form eines sozialen Netzes und 58 Prozent sahen etwas Positives in den Gewerkschaften; 2012 waren die entsprechenden Zahlen 40 beziehungsweise 43 Prozent. 1992 meinten 86 Prozent, dass Umweltschutzrichtlinien notwendig seien; 2012 waren es nur mehr 47 Prozent. 40 Prozent der Amerikaner bezeichnete sich 2012 als konservativ, der höchste Anteil, der je gemessen wurde. Nur 14 Prozent der Republikaner hatten 2015 eine positive Einstellung gegenüber Obama, im Gegensatz zu 81 Prozent der Demokraten. (Pew Research Center, 2016)

Präsident Obama ist mit seinen Vorschlägen und Initiativen innenpolitisch wie außenpolitisch auf kompromisslosen Widerstand gestoßen. Im Ausland haben die entsprechenden Staaten Obamas Engagementpolitik nicht oder nur teilweise mitgetragen. Jedenfalls haben sie es verabsäumt, Obamas „geöffnete Faust“ zu ergreifen. Russland hat seinen „reset“-Versuch missachtet. Nur mit dem Iran kam letztlich noch ein Nuklearabkommen zustande. Mit Kuba konnte Obama eine Öffnung einleiten. Der Verbündete Israel ließ Obama mit seinen Nahostinitiativen, was die Siedlungspolitik und die Zweistaatenlösung insgesamt betrifft, im Stich. Diese Schwierigkeiten dürfte Obama selbst unterschätzt haben.

Obamas Vorsicht

Konservative Kritiker haben Präsident Obama vorgehalten, dass er viel zu zurückhaltend mit den US-Streitkräften umgegangen sei. Man hat ihn als Rückzugspräsidenten bezeichnet. Er hätte die Truppen zu früh aus Afghanistan und Irak abgezogen, obwohl noch weiterhin eine substantielle Anzahl von Spezialtruppen stationiert blieb. In Libyen hätten sich die USA zwar an der NATO-Operation beteiligt, die Führung aber den Europäern überlassen. Die von einem Journalisten geprägte Formel

Trump wird Obamas Vermächtnis zerstören

„leading from behind“ wurde zum Schimpfwort. Er hätte in Syrien eine rote Linie gezogen und nicht militärisch eingegriffen, als chemische Waffen eingesetzt wurden, obwohl in einem darauf folgenden Abkommen der Abzug der chemischen Waffen aus Syrien vereinbart wurde.

Präsident Obama war aber alles andere als ein Isolationist. Er hat aber versucht, einige expansionistische Fehler seines Vorgängers zu korrigieren. George W. Bush verursachte die Instabilitäten im Mittleren Osten mit der Intervention im Irak 2003 und seiner Ideologie der Verbreitung amerikanischer Werte mit Gewalt. Präsident Obama reiht sich in dieser Hinsicht ein in eine Reihe von mehr pragmatisch orientierten Präsidenten, die versprachen, unbeliebte Kriege der Vorgänger zu beenden. Dwight Eisenhower gewann die Wahlen 1952 mit dem Versprechen, den Koreakrieg zu beenden. Nixon gelobte, die US-Truppen aus Vietnam abzuziehen, obwohl sie nach den Wahlen 1968 weitere fünf Jahre blieben.

Auf diese relativ zurückhaltende Präsidenten folgten immer wieder diejenigen, die den Einfluss der USA mit transformativen Ideen auszudehnen versuchten, wie Kennedy mit der Eröffnung neuer Grenzen („New Frontiers“), aber auch mit seiner offensiven Politik gegenüber Kuba. Jimmy Carter verfolgte eine aggressive Menschenrechtsagenda, Reagan ein Aufrüstungsprogramm, das das „evil empire“ Sowjetunion niederringen sollte.

Multilateralismus ist Vergangenheit

Donald Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, ein radikaler Rückzugspräsident zu werden. Für ihn ging das internationale Engagement der Obama-Administration schon zu weit. Es sind vor allem Argumente, dass sich die USA mehr um eigene Angelegenheiten kümmern sollen, denn sich international zu engagieren, es sei denn die USA würden davon mehr Vorteile haben („get a better deal“). Primär geht es um den Rückzug der USA aus multilateralen Abkommen. Das betrifft die bestehenden und künftigen Freihandelsabkommen. Aus dem bereits unter-

zeichnete Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) hat Trump sich bereits zurückgezogen. Der chinesische Präsident Xi Jinping hat hingegen angekündigt, dass China am regionalen wie globalen Freihandel festhalten will. Das NAFTA-Abkommen mit Kanada und Mexiko soll einer Nachverhandlung unterzogen werden. Von China und Mexiko will Trump Strafzölle einheben. Das Nuklearabkommen mit dem Iran (JCPOA) vom 15. Juni 2015 will er zerreißen und sich aus dem Pariser Klimaabkommen zurückziehen, wäre doch der Klimawandel eine „Erfindung der Chinesen“. Trump kann mit der republikanischen Mehrheit seine Umsetzung blockieren oder es aber auch einfach nicht umsetzen, ohne es direkt zu kündigen. Die Vereinten Nationen hält er für irrelevant und hat angekündigt, die Beiträge zu kürzen. Durch die Besetzung der UN-Botschaft mit seiner Kritikerin Nikki Haley signalisiert er jedenfalls nicht, dass er dieser hohe Wichtigkeit zuspricht. Trump hat den Brexit begrüßt, weil für ihn die EU kein wichtiger Ansprechpartner ist. Die USA würden bei bilateralen Verhandlungen mit einzelnen Staaten eine bessere Position haben. Er könnte die einzelnen Hauptstädte, London, Paris, Berlin, auch gegeneinander ausspielen. London hofft nach dem wahrscheinlichen Ende des multilateralen transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP auf einen bilateralen Vertrag.

Trumps Politik kann am ehesten mit der These der „relative gains“ („relative Gewinne“) erklärt werden. Bei jedem Übereinkommen müssen die USA besser abschneiden als die anderen Beteiligten. Das ist nicht ein „Nullsummenspiel“, sondern alle Seiten können absolute Gewinne machen – auch wenn es für die USA nicht unbedingt vorteilhafter ist; etwa ein geringeres Handelsbilanzdefizit, auch wenn darunter das Wirtschaftswachstum leidet. Im Zweifelsfall wird Protektionismus bevorzugt. Multilateralismus ist mit vielen Akteuren und Themen weniger kontrollierbar und daher für Trump undurchsichtig und rätselhaft. Deshalb erwähnt die Schlusserklärung des G-7 Gipfels vom Mai 2017 zwar „freien und fairen“ Handel, aber nicht Multilateralismus.

Die Erklärung könnte auch ein bilaterales Dokument sein. Das wirklich multilaterale Thema Klima blieb ausgeklammert.

Iran

Donald Trump hat immer wieder das Nuklearabkommen mit dem Iran von Wien als „das schlechteste Abkommen bezeichnet, das je abgeschlossen wurde“. Sein Verteidigungsminister James Mattis hat den Iran kurzerhand auf eine neue „Achse des Bösen“, gemeinsam mit Nordkorea, Syrien und der Hisbollah, gesetzt.

Das JCPOA mit dem Iran ist ein multilaterales Abkommen mit sechs Weltmächten, das die USA nicht einseitig kündigen können. Trump kann mit der republikanischen Mehrheit im Kongress die Implementation des Abkommens aber blockieren. Er braucht dazu keine Zweidrittelmehrheit, weil das JCPOA kein internationaler Vertrag ist. Er kann entweder neue bilaterale Sanktionen über den Iran mit nicht auf das Abkommen bezogenen Begründungen (z. B. Terrorismusvorwürfe; die nicht im Abkommen geregelten Raketentests mit konventionellen Sprengköpfen) verhängen. Die USA könnten aber auch einen Mechanismus des Vertrages benutzen, wonach ein Unterzeichnerstaat dem Iran eine „signifikante Verletzung“ des Vertrages vorwerfen kann; wenn bei einem Konsultationsverfahren und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keine Einigung erzielt wird, treten die Sanktionen automatisch wieder in Kraft.

Wenn die USA das JCPOA blockieren oder die Sanktionsschraube für den Iran unerträglich anziehen, kann es zu zwei Szenarien kommen:

Einerseits könnte der Iran das seinerseits als Grund anführen, dass er sich nicht mehr an das Abkommen gebunden fühlt und sein Nuklearprogramm wieder beschleunigen (mehr Zentrifugen, höherer Anreicherungsgrad, keine Implementierung des Zusatzprotokolls über Monitoring), was den Falken im Iran entgegen kommen würde. Das würde zu einer instabilen Situation wie vor dem Abschluss des Abkommens führen, als die Kriegsgefahr extrem hoch war; Israel erwog einen Mi-

litärschlag, der Iran drohte, die Straße von Hormus zu sperren. Eine derartige Verschärfung der Situation im Nahen Osten kann aber auch nicht im Interesse Israels sein. Sowohl Russland, als auch Israel, obwohl es rhetorisch der schärfste Kritiker des Abkommens war, könnten auf Trump einwirken, das Abkommen zu respektieren.

Der Iran könnte andererseits aber, so wie die anderen Weltmächte, auch um die eigenen Wirtschaftsbeziehungen nicht zu gefährden, peinlich genau das Abkommen umsetzen. Dann würde den USA die alleinige Schuld für ein Scheitern zufallen. Die USA würden wieder Sanktionen über europäische Firmen verhängen, die mit dem Iran Geschäfte machen.

Populistisch wurde Trump, wenn er seinen Vorgängern vorwarf, dass sie das Öl im Irak für die USA nicht gesichert und behalten hätten. Es kam aber bei einem Teil der Amerikaner gut an, die es als „unser Öl“ betrachten. Das würde wohl permanente Feindseligkeit in der Region, verbunden mit Terroranschlägen, zur Folge haben.

Die Russland-Verbindungen

Russland käme nach Trump eine wichtige Rolle beim Kampf gegen Terrorismus und den IS zu. Die demokratische Partei hatte dem Trump-Team seit der Wahl immer wieder vorgeworfen, schon während des Wahlkampfes Kontakte zu russischen Offiziellen zu unterhalten, was Trump innenpolitisch zunehmend in Bedrängnis brachte. Als Trump im April 2017 ein Flugfeld in Syrien, einem Verbündeten Russlands, wegen eines angeblichen Chemiewaffeneinsatzes des Regimes bombardieren ließ, verstummte diese Kritik zeitweilig.

Seine „Russlandfreundlichkeit“ hat aber weitere Grenzen. Nukleare Aufrüstung und massive Erhöhung der Militärausgaben oder der Raketenabwehrschirm sind absehbare Konfliktfelder. Die Sanktionen, die über Russland nach der Intervention auf der Krim verhängt worden waren, wird Trump nicht so schnell aufheben, wie viele Beobachter erwarten, sind sie doch eine Verhandlungsmasse. Allerdings könnte ein

entspannteres Verhältnis der USA zu Russland auch einige Kooperationsfelder eröffnen, wie etwa im Kampf gegen den Terrorismus oder in der Organisation über Sicherheit und Kooperation in Europa (OSZE).

Trumps Nuklearbombe

Bei sicherheitspolitischen Themen hat Trump ausgesprochen, was bisher nur in Expertenkreisen diskutiert wurde. Tatsächlich müssen Nuklearwaffen auch eingesetzt werden können, wie er sagte, sonst seien sie nicht glaubwürdig. In den sicherheitspolitischen Expertenkreisen Südkoreas und Japans macht man sich tatsächlich Gedanken, ob man sich eigene Nuklearwaffen zulegen sollte, wenn man dem Schutzschirm der USA nicht mehr vertrauen kann. Genau das hat Trump auch angesprochen. Die Verbündeten der USA in Europa und Asien sollten nach Trump mehr zur gemeinsamen Verteidigung beitragen, was eine Mainstreamforderung des US-Sicherheitsestablishments ist. Es kann aber auch zu einem Aufrüstungsprozess in Europa und Ostasien führen. Österreich als neutraler Staat dürfte hier weniger unter Druck kommen.

Trumps Wahlversprechen

Viele Beobachter haben argumentiert, dass Aussagen im Wahlkampf eine Sache seien und die Präsidentschaft eine andere. Sie wurden eines Besseren belehrt. Schon in seinem Buch „Wie ich Amerika retten werde“ von 2015 hat Trump seine Ideen niedergeschrieben und sie nach seiner Wahl zum Präsidenten konsequent umzusetzen begonnen. Abgesehen davon, dass eine derartige Aussage wenig Respekt gegenüber demokratischen Werten ausdrückt, haben Präsidenten, die ihre Wahlversprechen nicht umsetzten, oft den Preis bei den nächsten Wahlen gezahlt. Das betraf etwa Jimmy Carter, der auch einen großen Teil seiner demokratischen Wählerschaft enttäuschte. Er startete das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Ende des Vietnam-Krieges und beendete damit die Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Er verlor

1978 die Wahlen gegen Ronald Reagan. George W. H. Bush erhöhte die Steuern, obwohl er im Wahlkampf explizit Steuererhöhungen ausgeschlossen hatte („read my lips, no new taxes“). Das war ein wesentlicher Grund dafür, dass er die Wahlen gegen Bill Clinton 1992 verlor. Es gab aber auch das umgekehrte Beispiel. Richard Nixon versprach vor den Wahlen 1968, den Vietnamkrieg zu beenden, zögerte aber selbst die Friedensverhandlungen hinaus und gewann auch noch die Wahlen 1972. Obamas unerfülltes Wahlversprechen, das Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, wird ein großer Wermutstropfen in seinem Vermächtnis bleiben.

Seit seinem Amtsantritt will Donald Trump beweisen, dass er seine Wahlversprechen umzusetzen gedenkt. Sein im Wahlkampf angekündigter „Muslim ban“, der die Staatsbürger von nicht mit den USA verbündeten Ländern mit einem Einreiseverbot in die USA belegt, ist allerdings von Bundesrichtern in Washington, Hawaii und Maryland vorerst blockiert worden. Die unmittelbare Abschaffung von Obamas Gesundheitsreform „Obamacare“ fand schon im Repräsentantenhaus des Kongresses eine knappe Mehrheit, obwohl es dafür keine glaubwürdige Alternative gab. Um die Finanzierung des im Wahlkampf versprochenen „Mauerbaues“ an der Grenze zu Mexiko zu bekommen, hätte Trump eine Blockierung der Regierung Ende April 2017 durch einen Haushaltsstopp („government shutdown“) riskieren müssen.

Trumps Wähler

Was nach dem Wahlkampf bleibt, ist eine gesplante Gesellschaft bei sozialen und innenpolitischen Fragen, entlang ethnischen und rassischen Linien, nach Einkommen und Geschlecht, im Stadt-Land Verhältnis und insbesondere, was die politische Kultur und Korrektheit betrifft. Auch außenpolitisch haben sich zwei Lager herausgebildet: zwischen Intervention und Interventionsmüdigkeit (Rückzug), zwischen Internationalismus und Isolationismus (Nationalismus), zwischen transformativen Ideen (Demokratisierung, Menschenrechte) und

Pragmatismus (Engagement), zwischen Offenheit und Ausgrenzung (mit dem Symbol der Mauer). Obwohl im April 2017 die Zustimmungsraten zu Trump bei den Amerikanern auf niedrigen 40 Prozent lagen, unterstützten 96 Prozent seiner Anhänger weiterhin seine Politik, was Trump ermutigen dürfte, seine Politik fortzusetzen.

Es ist falsch, anzunehmen, dass vor allem wirtschaftliche Gründe für Trumps Wahlerfolg verantwortlich gewesen wären. Die Hälfte der amerikanischen Wähler sind nicht Zurückgelassene und Verlierer. Es war vielmehr die Angst der weißen Mehrheit vor dem Multikulturalismus. Diese Befürchtung spiegelt das Gefühl wider, Minderheit im „eigenen Land“ zu werden. Tatsächlich wird der Anteil der weißen Bevölkerung nach Projektionen demographischer Entwicklungen in zwanzig Jahren nicht mehr die größte Bevölkerungsgruppe sein.

Der Unterschied bei der Haltung zu amerikanischen Gesellschaften zwischen beiden Gruppen ist groß. 81 Prozent der Trump-Befürworter waren vor den Wahlen der Meinung, dass das Leben heute schlechter sei als vor 50 Jahren; nur 11 Prozent glaubten, dass es besser ist. 59 Prozent der Clinton-Befürworter hingegen meinten, dass das Leben besser ist und 19 Prozent schlechter. Tatsächlich aber finanzieren die demokratisch regierten Bundesstaaten die republikanisch regierten. Zwischen 1990 und 2009 zahlten die ersteren \$2,4 Billionen mehr Bundessteuer als sie bekamen; die letzteren erhielten \$1,3 Billionen mehr als sie zahlten.

2015 sagten 53 Prozent der Republikaner oder deren Sympathisanten, dass sie konservative Werte haben; 2004 waren es noch 31 Prozent. 60 Prozent der Demokraten oder deren Sympathisanten haben liberale Werte im Vergleich zu 49 Prozent 2004 und 30 1994. (Pew Research Center, 2016) Das bedeutet auch, dass vor 10–15 Jahren das Zentrum der Unentschiedenen mit etwa der Hälfte der Wählerschaft sehr breit war. 2016 wurde es sehr eng. Die Lager waren gespalten. Donald Trump mobilisierte seines. Hillary Clinton konnte im Zentrum nicht genügend Unterstützung bekommen. Bernie Sanders hätte mit

der Mobilisierung der liberalen Basis möglicherweise die Wahlen eher gewinnen können.

92 Prozent der Clinton Wähler sagten vor der Wahl, dass sie vor einer Präsidentschaft Trump Angst hätten. Als Präsident hat er begonnen, seine Vorstellungen umzusetzen. Er hat das politische System der USA als korrupt und unfähig bezeichnet; das bildet die Grundlage für autoritäre Maßnahmen. Zu seinen isolationistisch-nationalistischen außenpolitischen Positionen passt die Ablehnung von Fremden und Einwanderern (Moslems, Mexikaner), was auf eine gewisse Resonanz in der amerikanischen Wählerschaft stieß. Er hat eine extreme Überwachung („extreme vetting“) von Fremden angekündigt. Das Überwachungssystem, das bereits unter der Regierung Obama eingeführt wurde, reicht Trump bei weitem nicht.

Trumps Kontrollsystem erinnert an die Ära von Senator McCarthy in den fünfziger Jahren, der zu diesem Zweck und mit dem Vorwand kommunistischer Unterwanderung ein „Komitee unamerikanischer Umtriebe“ eingesetzt hatte. Zehntausende Staatsbedienstete wurden damals entlassen oder wurden gekündigt, nachdem ihre Loyalität überprüft wurde.

Im Wahlkampf hat Trump angekündigt, in Washington „den Sumpf auszutrocknen“ („drain the swamp“). Das bedeutet, den Staatsapparat umorganisieren. Dazu braucht er Krisenstimmung. Trump wird vom Kongress und den Staatsbeamten Loyalität einfordern oder bestrafen. Er wird mit Indiskretionen und Entlassungen drohen. Die USA werden sich unter Trump zu einer „Loyal-Demokratie“ entwickeln.

Die Welt mit Trump

In den ersten hundert Tagen seiner Amtszeit wurde Trump in bestimmten Punkten interventionistisch. Der Kampf gegen den IS hatte für Trump Priorität, wenn er das auch im Wahlkampf mit martialischen Sprüchen wie „Niederbomben“ begleitete. Nach der Bombardierung

des syrischen Stützpunktes ist er aber in derselben Situation wie Obama, für den nicht klar war, ob der IS oder der syrische Präsident Assad der schlimmere Feind sei.

In Syrien wollte Trump ursprünglich nicht eingreifen. Der Militärschlag gegen die syrische Luftwaffenbasis war eine Machtdemonstration von US-Präsident Donald Trump. Dahinter ist aber keine weiterreichende Strategie zu erkennen. Es ist gut möglich, dass es bei einmaligen Militärschlägen ohne weitere Konsequenzen bleibt, wie das der Fall war, als Präsidenten Bill Clinton 1998 eine vermeintliche Chemiewaffenfabrik im Sudan und ein Ausbildungslager von al-Qaida in Afghanistan als Vergeltung auf die Terroranschläge der US-Botschaften in Kenia und Tansania bombardieren ließ.

Werden US-Militärs hingegen weiter in den Konflikt hineingezogen, kann es aber zu einem „mission creep“ kommen, wonach immer mehr Truppen notwendig werden. Eine direkte militärische russisch-amerikanische Konfrontation wollen weder die USA noch Russland. In Syrien waren durch den Giftgas-Einsatz im April 2017 keine US-Interessen gefährdet. Trump ist aus drei Gründen militärisch vorgegangen: Erstens, er wollte sich innenpolitisch freischaufeln und den Vorwürfen entgegentreten, er sei kritiklos gegenüber Putin. Zweitens wollte er sich von seinem Vorgänger Barack Obama abgrenzen, der vermeintlich in Syrien nicht gehandelt hat. Drittens wollte er den Russen zeigen, dass Syrien nicht ihnen gehört. Das ist ein geopolitisches Spiel.

Russland liegt nichts an Bashar al-Assad. Präsident Putin ist daran interessiert, dass kein anti-russisches Regime in Syrien entsteht, natürlich auch kein IS-Regime. Russland ist aber geschwächt, weil die USA gezeigt haben, dass sie eben nicht auf der Seite von Assad stehen. Wenn die langfristigen Ziele in Syrien nicht klar definiert sind, wird der Konflikt nie gelöst werden. Den Ton in den internationalen Konflikten geben die lokalen Akteure in den Konfliktregionen an. Sie versuchen, die Großmächte auf ihre Seite zu ziehen. Die Konflikte sind aber nur durch die Großmächte lösbar. Milizen auf der untersten Ebene des Konflikts werden sich nie einigen.

Durch militärische Maßnahmen kann im Prinzip immer eine Eskalation entstehen, die nicht mehr kontrollierbar ist. Wenn sich etwa Nordkorea von einer Flugzeugträgerflotte der USA bedroht fühlt, dann könnte es zurückschlagen. Das könnte dramatische Konsequenzen für Südkorea und Japan haben. Umgekehrt weiß auch Nordkorea, dass es bei einem Erstschlag ausgelöscht werden könnte.

Die Forderung der USA an die Europäer und NATO-Länder, mehr Geld für Verteidigung auszugeben, ist keine Lösung. Die Europäer sollten das diplomatische Vakuum füllen, das durch die 30-prozentige Kürzung der US-Ausgaben für das State Department entsteht. Das heißt, 30 Prozent weniger Diplomatie. Hier sollte Brüssel aktiv werden; aber nichts ist diesbezüglich geschehen. Ebenso werden 2018 die USA ihre Ausgaben für UN-Friedensoperationen um 50 Prozent (eine Milliarde Dollar) kürzen. Auch da wird ein Vakuum entstehen, das andere Staaten füllen müssen.

Analogien: Erster Weltkrieg oder ...

„So wunderschön war das Schauspiel des Morgens im Mai 1910 als neun Könige beim Begräbnis von Edward VII von England einritten ...“ sind die ersten Zeilen in Barbara W. Tuchmans Buch „The Guns of August“, in dem sie das Hineinschlittern der Weltmächte in den Ersten Weltkrieg beschreibt. Gräuelpropaganda und gegenseitige Schuldzuweisungen beschleunigten diesen Trend. Tuchmann endet mit den Worten: „Das war alles; die Zeit des Glanzes war Vergangenheit. Diese rief nicht im Namen des Ruhms ‚Vorwärts, Männer!‘ Nach den ersten dreißig Tagen des Krieges 1914 gab es eine Vorahnung dafür, dass wenig Ruhm in Aussicht war.“ Es war eine Falle, aus der es keinen Ausweg gab.

US-Präsident John F. Kennedy hatte vor der Kuba-Krise seinen Mitarbeitern das Werk von Barbara W. Tuchman zu lesen gegeben. Diese Analogie hatte wohl mäßigenden Einfluss auf Kennedys Entscheidung.

gen im Fall der Kuba-Krise 1962, als er eine direkte Intervention auf Kuba ablehnte und die Krise unter der Nuklearschwelle hielt.

... Kalter Krieg?

In Krisen während des Kalten Krieges, in die beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, involviert waren, vermieden sie direkte militärische Konfrontationen. So haben sich die US- und die Rote Armee während des Kalten Krieges keine einzige Schlacht geliefert. Allerdings war diese Gefahr bei der Berlinblockade 1948, dem Bau der Berliner Mauer 1961 und der Kuba-Krise 1962 zeitweise sehr hoch. Politische Propaganda über den „Expansionsdrang des Imperialismus“ und die „Welteroberungspläne des Kommunismus“ verdeckten diese Rücksichtnahme.

Weniger vorsichtig waren die Supermächte dort, wo sie alleinigen Einfluss anstrebten. Am 2. August 1964 wurde der amerikanische Zerstörer „Maddox“ im Golf von Tonkin von nordvietnamesischen Torpedoboote angegriffen. Nach einem fälschlich gemeldeten, weiteren Angriff zwei Tage später beschloss der US-Kongress mit überwältigender Mehrheit in beiden Häusern die sogenannte „Golf von Tonkin-Resolution“, in deren Folge die USA, beginnend mit Spezialtruppen, in einen blutigen, zehnjährigen Krieg in Südostasien verwickelt wurden.

Die Sowjetunion rechtfertigte ihre zehnjährige Intervention in Afghanistan ab 1979 dadurch, dass die USA in Lateinamerika ebenfalls keine instabilen Regime dulden würden und dass ein Verlust Afghanistans an die Islamisten automatisch eine Ausweitung der amerikanischen Einflussphäre in dieser Region darstellen würde. Die USA wiederum sahen im Vorgehen der Sowjetunion die Manifestation eines sowjetischen Expansionsdrangs nach Südasien und in die Golfregion.

Der Krieg in Syrien

Im syrischen Bürgerkrieg haben sowohl Russland als auch die USA Interessen und Spezialtruppen. Der Krieg soll darüber entscheiden, ob Syriens Regime pro-russisch, pro-amerikanisch oder islamistisch-dschihadistisch und/oder anti-iranisch sein wird. Chemiewaffen, Streubomben, Selbstmordattentäter, Bombardierung von Krankenhäusern und Zivilisten sind für die jeweilige Propaganda willkommene Anlässe.

Die Analogien bieten Hinweise auf den möglichen Verlauf des Krieges. Entweder Russland und die USA schlittern in einen Krieg mit Eskalationsgefahr auf einer überregionalen Ebene oder sie erkennen die Gefahr und scheuen vor direkter Konfrontation zurück. Es kann auch sein, dass sich eine der Mächte in einen langen Krieg verwickelt, um zu verhindern, dass die andere Fuß fasst. Ein islamistisch-dschihadistisches Regime wäre für beide problematisch, wobei man versuchen wird, zumindest in einem abgespaltenen Teil Einfluss zu bewahren. Wenn sich Trump rational verhält, wird es nicht zu einem neuen Weltkrieg kommen; die Großmächte verhalten sich vorsichtig. Sie lassen es nicht zu, dass die Konflikte eine regionale Schwelle übersteigen.

Es gibt eine weitere Analogie, die vor dem Ersten Weltkrieg (mit Unterbrechung) hundert Jahre relativ erfolgreich und von US-Außenminister Henry Kissinger während des Kalten Krieges in den 70er Jahren aufgegriffen wurde. Es ist die Idee des Mächtekonzernts nach dem Vorbild des Wiener Kongresses von 1815. Diese Analogie soll ein kooperatives Übereinkommen zwischen Großmächten darstellen, um gemeinsam die internationalen Beziehungen zu verwalten und den großen Krieg zu verhindern.

Das Ende von Obamas Vermächtnis

Trump wird das Vermächtnis Obamas zerstören. Das sind internationale Verträge über Umwelt, das Nuklearprogramm des Iran, Freihandel. Bilateralen politischen und wirtschaftlichen Abkommen und Ver-

Trump wird Obamas Vermächtnis zerstören

trägen wird Vorrang eingeräumt werden. Innenpolitisch sind es die Gesundheitsreform (auch wenn es sich nicht vermeiden lässt, dass einige populäre Elemente beibehalten werden), die Fristenlösung, Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehe, die Steuerpolitik, und die begonnene Einwanderungsreform. Die Besetzung des Obersten Gerichtshofes mit wahrscheinlich drei neuen Positionen auf Lebenszeit kann diese Maßnahmen verstetigen. Dennoch wird die Geschichte vielleicht auf die Ära Obama auf eine der größten und erfolgreichsten Präsidentschaften der USA zurückblicken.

Biographien

Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Professor für Politikwissenschaft und Lektor an der Universität Wien und der Diplomatischen Akademie in Wien; er ist Autor zahlreicher Bücher über die USA. Er hat regelmäßige Forschungsaufenthalte an nordamerikanischen Universitäten (z.B. Stanford, John Hopkins, Vancouver).